

Bescheid

I. Spruch

1. Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) stellt im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über den Österreichischen Rundfunk (ORF) gemäß § 2 Abs. 1 Z 7 und Z 9 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2016, in Verbindung mit den §§ 35, 36 und 37 ORF-Gesetz (ORF-G), BGBl. Nr. 379/1984 idF BGBl. I Nr. 112/2015, fest, dass der ORF im Fernsehprogramm ORF eins

- 1.1. am 23.01.2016 um ca. 14:33 Uhr und am 24.01.2016 um ca. 13:55 Uhr durch die Ausstrahlung eines Werbespots zugunsten der Tageszeitung „Österreich“ einschließlich des Hinweises „Jetzt mit Sportzeitung“; sowie
- 1.2. am 24.01.2016 um ca. 11:07 Uhr durch die Ausstrahlung eines Werbespots zugunsten der Wochenzeitschrift „News“ einschließlich des Hinweises auf die vergünstigte Bezugsmöglichkeit einer Vignette im Rahmen des Jahres-Abonnements

jeweils gegen § 14 Abs. 8 Satz 1 ORF-G verstoßen hat, wonach Fernsehwerbung für periodische Druckwerke auf den Titel (Namen des Druckwerks) und die Blattlinie, nicht aber auf deren Inhalte hinweisen darf.

2. Die KommAustria erkennt gemäß § 37 Abs. 4 ORF-G auf Veröffentlichung ihrer Entscheidung. Dem ORF wird aufgetragen, den Spruchpunkt 1. binnen sechs Wochen ab Rechtskraft der Entscheidung an einem Samstag und am unmittelbar folgenden Sonntag zwischen 11:00 und 15:00 Uhr im Fernsehprogramm ORF eins in folgender Weise durch Verlesung durch einen Sprecher und Einblendung des Textes im Bild zu veröffentlichen:

„Die Kommunikationsbehörde Austria hat im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über den ORF Folgendes festgestellt:

Der ORF hat am 23. und am 24. Jänner 2016 Werbung für die Tageszeitung „Österreich“ bzw. das Wochenmagazin „News“ ausgestrahlt. Durch Hinweise auf konkrete Inhalte bzw. Abo-Zugaben wurde gegen das gesetzliche Verbot verstoßen, wonach Fernsehwerbung für periodische Druckwerke nur auf deren Titel und die Blattlinie, nicht aber auf deren Inhalte hinweisen darf.“

3. Dem ORF wird aufgetragen, binnen weiterer zwei Wochen der KommAustria gemäß § 36 Abs. 4 ORF-G einen Nachweis der Veröffentlichung in Form von Aufzeichnungen zu übermitteln.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Im Zuge der gemäß § 2 Abs. 1 Z 7 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015, der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) obliegenden Beobachtung der Einhaltung der Bestimmungen des 3. Abschnitts des ORF-Gesetzes, BGBl. Nr. 379/1984 idF BGBl. I Nr. 112/2015, („Kommerzielle Kommunikation“) sowie der werberechtlichen Bestimmungen der §§ 9 bis 9b und 18 ORF-G durch den Österreichischen Rundfunk (ORF) und seine Tochtergesellschaften, wurden u.a. Teile des am 23. und am 24.01.2016 ausgestrahlten Fernsehprogramms ORF eins ausgewertet.

Aufgrund der Vermutung von Verletzungen von Bestimmungen des 3. Abschnitts des ORF-G im Hinblick auf die Ausstrahlung von Werbung für zwei periodische Druckwerke wurde mit Schreiben vom 12.02.2016, KOA 3.500/16-004, gemäß § 2 Abs. 1 Z 7 KOG iVm §§ 35 bis 37 ORF-G ein Verfahren zur Feststellung von Rechtsverletzung eingeleitet und dem ORF Gelegenheit gegeben, binnen zwei Wochen ab Zustellung des Schreibens zum Sachverhalt und der rechtlichen Würdigung Stellung zu nehmen.

Mit Schreiben vom 29.02.2016 übermittelte der ORF eine Stellungnahme, in der er der rechtlichen Würdigung der KommAustria entgegentritt.

2. Sachverhalt

Auf Grund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

2.1. Werbung für die Tageszeitung „Österreich“ am 23.01.2016 um ca. 14:33 Uhr und am 24.01.2016 um ca. 13:55 Uhr in ORF eins

Am 23.01.2016 wurde um ca. 14:33 Uhr im Rahmen eines Werbeblocks nach einem „Reminder“ ein Werbespot für die Tageszeitung „Österreich“ ausgestrahlt, der wie folgt gestaltet ist:

Ein Sprecher spricht folgenden Text, der parallel auch mit Schreibmaschinentönen hinterlegt im Bild ausgegeben wird: „*Den besten Sport gibt's nur in Österreich.*“ Dann wird die Tageszeitung „Österreich“ wie folgt dargestellt:



Eine Sprecherin spricht während dieser Einblendung den Text: „Jetzt mit Sportzeitung.“

Anschließend folgt ein Werbespot für die Raiffeisen Bank.

Derselbe Spot zugunsten der Tageszeitung „Österreich“ wurde auch am 24.01.2016 um ca. 13:55 Uhr im Rahmen eines Werbeblocks, diesmal nach einem Werbespot für die Raiffeisen Bank, ausgestrahlt.

2.2. Werbung für die Zeitschrift „News“ am 24.01.2016 um ca. 11:07 Uhr in ORF eins

Am 24.01.2016 wurde um ca. 11:07 Uhr im Rahmen eines Werbeblocks nach einer Werbung für „United Optics“ ein Werbespot für die Zeitschrift „News“ ausgestrahlt, der wie folgt gestaltet ist:

Ein Sprecherin spricht folgenden Text: „Sichern Sie sich ihr News Jahres-Abo plus Vignette und sparen Sie 78,- Euro. Jetzt bestellen unter news.at. Zeit für News – jeden Samstag neu.“

Währenddessen werden die Zeitschrift „News“ und die Vignette wie folgt dargestellt:



Danach folgt ein „Reminder“.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zum Sendungsablauf gründen sich auf die vorliegenden Aufzeichnungen der Sendungen und wurden vom ORF nicht bestritten.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde und Rechtsgrundlagen

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 9 KOG obliegt der KommAustria die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über den Österreichischen Rundfunk und seine Tochtergesellschaften nach Maßgabe des ORF-G. Gemäß § 35 ORF-G obliegt der KommAustria als Regulierungsbehörde die Rechtsaufsicht über den ORF.

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 7 KOG obliegt der KommAustria u.a. die Beobachtung der Einhaltung der Bestimmungen des 3. Abschnitts des ORF-G („Kommerzielle Kommunikation“) sowie der

werberechtlichen Bestimmungen der §§ 9 bis 9b und 18 ORF-G durch den ORF und seine Tochtergesellschaften. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat die KommAustria in regelmäßigen, zumindest aber monatlichen Abständen Auswertungen von Sendungen und Mediendiensten, die kommerzielle Kommunikation beinhalten, durchzuführen und binnen vier Wochen, gerechnet vom Zeitpunkt der Ausstrahlung der Sendung, jene Sachverhalte, bei denen der begründete Verdacht einer Verletzung der genannten Bestimmungen vorliegt, von Amts wegen weiter zu verfolgen.

Im vorliegenden Fall hat die Auswertung der Sendungen den begründeten Verdacht der Verletzung von Bestimmungen des 3. Abschnitts des ORF-G ergeben, weswegen in weiterer Folge ein Verfahren zur Feststellung von Rechtsverletzungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 7 KOG iVm §§ 35, 36 und 37 ORF-G einzuleiten war.

Die Entscheidung der KommAustria besteht gemäß § 37 Abs. 1 ORF-G in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung dieses Bundesgesetzes verletzt worden ist.

4.2. Materiell anzuwendende Rechtsvorschriften

§ 1a ORF-G lautet auszugsweise:

„Begriffsbestimmungen

§ 1a. *Im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet*

[...]

8. *„Fernseh- oder Hörfunkwerbung (Werbung)“*

- a) jede Äußerung bei der Ausübung eines Handels, Gewerbes, Handwerks oder freien Berufs, die gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder als Eigenwerbung gesendet wird, mit dem Ziel, den Absatz von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt zu fördern oder*
- b) jede Äußerung zur Unterstützung einer Sache oder Idee, die gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung gesendet wird;“*

§ 14 ORF-G lautet auszugsweise:

„Fernseh- und Hörfunkwerbung, Werbezeiten

§ 14. *[...]*

(8) Fernsehwerbung für periodische Druckwerke darf auf den Titel (Namen des Druckwerks) und die Blattlinie, nicht aber auf deren Inhalte hinweisen. Die dafür eingeräumte Sendezeit darf nicht mehr als zwei Minuten der gesamten wöchentlichen Werbezeit betragen. Die Vergabe dieser Sendezeiten und der Tarife hat gegenüber allen Medieninhabern dieser Druckwerke zu gleichen und nichtdiskriminierenden Bedingungen zu erfolgen. Näheres regelt das Tarifwerk der kommerziellen Kommunikation (§ 23 Abs. 2 Z 8).“

4.3. Verletzung des § 14 Abs. 8 ORF-G durch die Werbespots für die Tageszeitung „Österreich“ am 23.01.2016 um ca. 14:33 Uhr und am 24.01.2016 um ca. 13:55 Uhr (Spruchpunkt 1.1)

Die KommAustria ging im Zuge der Einleitung des Rechtsverletzungsverfahrens davon aus, dass die beiden (identen) gegenständlichen Werbespots zugunsten der Tageszeitung „Österreich“ gegen das sogenannte „Inhaltswerbeverbot“ des § 14 Abs. 8 Satz 1 ORF-G verstoßen.

Der ORF hielt dieser Sichtweise in seiner Stellungnahme vom 29.02.2016 im Wesentlichen Folgendes entgegen:

Die rechtliche Beurteilung der KommAustria schieße weit über das vom Gesetzgeber intendierte Ziel und den gesetzlichen Wortlaut hinaus. Verboten seien Hinweise auf den Inhalt von periodischen Druckwerken, soweit es nicht um Hinweise auf Titel oder Blattlinie gehe. Das von der KommAustria zitierte Erkenntnis des VwGH (23.05.2007, 2006/04/0204), wonach der Begriff „Inhalt“ weit gefasst werde, sodass alles, was nicht „Titel“ und „Blattlinie“ sei, als „Inhalt“ des periodischen Druckwerks anzusehen sei, könne nicht dahingehend verstanden werden, dass nur mehr ein formaler Vergleich eines Spots mit dem Text der Blattlinie eine Entscheidung der (Un-)Zulässigkeit eines Spots ermöglichen könnte. Beispielsweise wäre bei einer Blattlinie, wie *„XY vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Rechtsstaatlichkeit ein.“* jegliche Gestaltung eines Spots, die über die Einblendung dieses Texts hinausgehe, bereits verboten. Denn jede Bildgestaltung arbeite notwendig mit Elementen und Inhalten bzw. auch Personen, die in der Blattlinie nicht im Entferntesten angesprochen werden (können bzw. iSd § 14 Abs. 8 ORF-G dürfen). Allein daraus sei schon ersichtlich, dass es Informationen geben müsse, die – weil völlig unzweifelhaft nicht als Inhalt eines periodischen Druckwerks aufzufassen – in einem Werbespot Verwendung finden dürfen, setze der Gesetzgeber doch eine („herkömmliche“) Gestaltung von Spots bei einer Regelung zur Fernsehwerbung voraus und verbiete nur Hinweise auf den Inhalt des Mediums. Auch nach der Literatur seien etwa „werbewirksame Ergänzungen“ unproblematisch (*Kogler/Trainer/Truppe, Österreichische Rundfunkgesetze*³, 174).

Insofern sei die aus dem Erkenntnis des VwGH entnommene Passage vor allem auf den dort verfahrensgegenständlichen Sachverhalt bezogen zu verstehen: Die Bewerbung von TVMedia mit dem aktuellen Cover (bereinigt um Schlagzeilen, nicht aber um das Titelbild) und mit Bild-Stickern von Fußballspielern als Extrabeilage zum Druckwerk. Nicht inkriminiert seien (bisher) Rahmenbedingungen worden, die für eine Kaufentscheidung zwar von Interesse seien, die aber als (von der Blattlinie abweichender) Inhalt ausscheiden, wie etwa die Erscheinungshäufigkeit, der Erscheinungstag, der Kaufpreis, das Papierformat oder die Möglichkeit des Abobezugs. Nichts davon sei denkmöglich als „Inhalt“ des periodischen Druckwerks zu qualifizieren.

Auch durch den Hinweis auf die „Sportzeitung“ werde kein bestimmter (verpönter) Inhalt beworben. Dass nämlich „Sport“ als Bestandteil der Blattlinie als solches beworben werden dürfe (*„...mit dem besten Sport...“*), dürfte unstrittig sein. Wenn dieser Teil der Zeitung als „herausnehmbares Format“ beworben werde, überschreite dies keine Grenze zur verbotenen Inhaltswerbung. Vielmehr werde – im Unterschied zu Entscheidungen zu Olympia-Extraheften o.A. – gerade kein verbotener (konkreter) Inhalt beworben. Insofern werde im inkriminierten Werbespot also kein als Extraheft „getarnter Inhalt“ beworben, um damit die Regelung samt ihrem Zweck zu umgehen (hierzu VwGH 23.05.2007, 2006/04/0204), sondern nur der Sport als Bestandteil der Blattlinie in seiner formalen Ausgestaltung als Sportzeitung.

Nach Auffassung der KommAustria vermögen diese Ausführungen nicht zu überzeugen:

Unstrittig ist, dass es sich bei dem gegenständlichen Spot um Werbung im Sinne des § 1a Z 8 ORF-G handelt, dass dieser also gegen Entgelt mit dem Ziel gesendet wurde, den entgeltlichen Absatz der Tageszeitung „Österreich“ zu fördern. Ebenso ist unstrittig, dass es sich bei der Tageszeitung „Österreich“ um ein periodisches Druckwerk im Sinne des § 1 Abs. 1 Z 5 MedienG handelt, zumal sie täglich unter demselben Namen in fortlaufenden Nummern erscheint.

Nach Auffassung der KommAustria handelt es sich bei der Aussage „*Jetzt mit Sportzeitung*“ und der (symbolhaften) Darstellung derselben im Bild jedenfalls um einen Hinweis auf den Inhalt des periodischen Druckwerks, weil damit ein konkreter Bestandteil der aktuellen Ausgabe beworben wird. Gemäß § 14 Abs. 8 ORF-G ist Werbung im Fernsehen für periodische Druckwerke nur hinsichtlich deren Titel und Blattlinie, nicht aber hinsichtlich deren Inhalte zulässig. Der Begriff „Inhalt“ ist nach der stRspr weit gefasst, sodass alles, was nicht „Titel“ und „Blattlinie“ ist, als „Inhalt“ des periodischen Druckwerks anzusehen ist (vgl. VwGH 23.05.2007, 2006/04/0204, sowie BKS 23.06.2006, 611.009/0010-BKS/2006, bestätigt durch VwGH 11.10.2007, 2006/04/0140, zum vergleichbaren Sachverhalt der Bewerbung eines „Olympia-Extrahefts“).

Die vom ORF versuchte Differenzierung der maßgeblichen VwGH-Rechtsprechung dahingehend, dass der als „Sportzeitung“ herausnehmbare Inhalt nicht einem „Extra“ vergleichbar sei, scheitert nach Auffassung der KommAustria schon insoweit, als der Wortlaut des Spots nicht auf die Bewerbung „regulärer“ Produkteigenschaften gerichtet ist, sondern ein aktuell verfügbarer, spezifischer „Sonderbestandteil“ in Form eines eigenständigen Angebots herausgestrichen wird („*Jetzt mit Sportzeitung*“). Die im Rahmen der Zeitung „Österreich“ enthaltene „Sportzeitung“ ist daher unzweifelhaft ebenfalls als – vom Werbeverbot erfasster – Inhalt gemäß § 14 Abs. 8 ORF-G zu qualifizieren.

Durch die am 23.01.2016 um ca. 14:33 Uhr und am 24.01.2016 um ca. 13:55 Uhr ausgestrahlten Werbespots für die Tageszeitung „Österreich“ wurde daher jeweils § 14 Abs. 8 Satz 1 ORF-G verletzt.

4.4. Verletzung des § 14 Abs. 8 ORF-G durch den Werbespot für die Zeitschrift „News“ am 24.01.2016 um ca. 11:07 Uhr in ORF eins (Spruchpunkt 1.2)

Auch im Hinblick auf den Werbespot für die Zeitschrift „News“ ging die KommAustria im Zuge der Einleitung des Rechtsverletzungsverfahrens von einem Verstoß gegen § 14 Abs. 8 Satz 1 ORF-G aus.

Ergänzend zu den unter 4.3 wiedergegebenen allgemeinen Ausführungen wandte der ORF in seiner Stellungnahme vom 29.02.2016 ein, dass die „Vignette“ dem Druckwerk nicht beiliege, sondern nach Bestellung eines Abos – und völlig unabhängig vom Inhalt des periodischen Druckwerks – versendet werde. Dies gelte für alle Abo-Zugaben wie Gutscheine für Dienstleistungen, Regenschirme oder sonstige Waren. Dieser Umstand stelle auch den maßgeblichen Unterschied zur Entscheidung in Sachen Bild-Stickern dar, bei der die Sticker den Inhalt des Druckwerks gebildet hätten.

Die KommAustria sieht auch unter Berücksichtigung dieses Vorbringens keine Veranlassung, von ihrer Rechtsauffassung abzugehen.

Vorauszuschicken ist, dass auch in diesem Fall die rechtliche Qualifikation des Spots als Werbung iSd § 1a Z 8 ORF-G unstrittig ist, dass dieser also gegen Entgelt mit dem Ziel gesendet wurde, den entgeltlichen Absatz der Zeitschrift „News“ zu fördern. Ebenso ist unstrittig, dass es sich um ein periodisches Druckwerk im Sinne des § 1 Abs. 1 Z 5 MedienG handelt, zumal „News“ wöchentlich unter demselben Namen in fortlaufenden Nummern erscheint.

Nach Auffassung der KommAustria sind auch die Erwähnung der Vignette mit den Worten „*Sichern Sie sich ihr News Jahres-Abo plus Vignette und sparen Sie 78,- Euro*“ und die Darstellung der Vignette im Bild als Hinweise auf einen Inhalt iSd § 14 Abs. 8 ORF-G zu werten. Wie bereits oben ausgeführt, ist nach der stRspr der Begriff „Inhalt“ weit gefasst, sodass alles, was nicht „Titel“ und „Blattlinie“ ist, als „Inhalt“ des periodischen Druckwerks anzusehen ist.

Der Wortlaut des § 14 Abs. 8 ORF-G stellt nun nicht bloß auf die Bewerbung eines einzelnen Druckwerks iS einer konkreten Ausgabe ab, sondern erfasst jegliche Werbung zugunsten periodischer Druckwerke. Daraus folgt, dass auch die Bewerbung eines Abonnements einer Zeitschrift den Anforderungen des § 14 Abs. 8 ORF-G zu genügen hat. Der vom ORF eingewandte Umstand, dass die Vignette nicht einem einzelnen Heft „beiliege“, sondern gesondert an den Abonnenten versandt werde, stellt sich letztlich in gleichem Maße als rechtlich unerheblich dar, wie die Möglichkeit einer alternativen Bezugsquelle des „Extras“ (vgl. BKS 23.06.2006, 611.009/0010-BKS/2006: *„Der Einwand des ORF, dass das Extraheft auch unabhängig von der Ausgabe Nr. 7 von TV Media bezogen werden konnte, geht insofern ins Leere, als eine alternative Vertriebsform [...] allein noch nicht dazu führt, dass diese damit gewissermaßen selbständig würden und das Inhaltswerbeverbot des § 13 Abs. 8 ORF-G für sie nun nicht mehr gelte.“*): Es kann nach Auffassung der KommAustria in – Fortsetzung dieses Gedankens – nicht darauf ankommen, wie die konkrete Zustellung erfolgt. Maßgeblich ist vielmehr, dass der Spot den Absatz eines „Gesamtproduktes“ zu fördern beabsichtigt, das eben aus dem periodischen Druckwerk und der zugegebenen Vignette besteht.

Wird daher ein Jahresabonnement des periodischen Druckwerks mit einer Vignette als Zugabe vertrieben und dieser besondere Vorteil im Rahmen eines Spots beworben, lässt sich dies nicht mehr unter den Tatbestand des § 14 Abs. 8 Satz 1 erster Fall ORF-G (Zulässigkeit eines Hinweises auf Titel und Blattlinie) subsumieren, sondern ist von einer verbotenen Bewerbung eines „Inhalts“ iSd VwGH-Rechtsprechung auszugehen.

Der VwGH hat ganz allgemein zu jeder Form von „Extras“ darauf hingewiesen, dass eine gegenteilige Ansicht dazu führte, *„dass in Werbespots für periodische Druckwerke vor allem als ‚Extras‘ getarnte Inhalte beworben werden könnten und damit die Regelung über die Werbebeschränkung samt ihrem – oben dargestellten – Zweck umgangen werden könnte.“* (VwGH 23.05.2007, 2006/04/0204). Dieser Grundgedanke muss konsequenterweise auch für jene Sachverhalte gelten, wo die Bewerbung des Erwerbs mehrerer Ausgaben eines periodischen Druckwerks mit einem Hinweis auf „Extras“ und damit Inhalte iSd § 14 Abs. 8 ORF-G verbunden ist.

Durch den am 24.01.2016 um ca. 11:07 Uhr ausgestrahlten Werbespot für die Zeitschrift „News“ wurde daher § 14 Abs. 8 Satz 1 ORF-G verletzt.

4.5. Zur Veröffentlichung der Entscheidung (Spruchpunkte 2 und 3)

Der Ausspruch über die Veröffentlichung der Entscheidung (Spruchpunkt 2) stützt sich auf § 37 Abs. 4 ORF-G und dessen Auslegung im Sinne der Rechtsprechung der Gerichtshöfe öffentlichen Rechts (vgl. VfSlg. 12.497/1990 und VwGH 15.09.2004, 2003/04/0045). Nach dem zitierten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs ist die Veröffentlichung als „contrarius actus“ zu einem solchen Zeitpunkt im entsprechenden Programm aufzutragen, dass „tunlichst der gleiche Veröffentlichungswert“ erzielt wird. Mit der Veröffentlichung einer Kurzfassung der Entscheidung zu vergleichbaren Sendezeiten soll diesem Anliegen eines „contrarius actus“ Rechnung getragen werden.

Die Verpflichtung zur Vorlage der Aufzeichnung (Spruchpunkt 3) stützt sich auf § 36 Abs. 4 ORF-G (vgl. dazu VwGH 23.05.2007, 2006/04/0204).

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT830100000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / GZ KOA 3.500/16-038“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 27. September 2016

Kommunikationsbehörde Austria

Mag. Michael Truppe
(Mitglied)